

„VÖLKER EUROPAS, ERHEBT EUCH!“

EU: Banken werden gerettet, alle zahlen drauf

750 Milliarden Euro für Banken und Versicherungen – Belastungen und Lohnkürzungen für die große Mehrheit der Bevölkerung: Das ist die Wahrheit hinter den großen Reden von der „Rettung Europas“. Griechenland ist überall.

Griechenland ist nur der Anfang. Der durchschnittliche Nettolohn ist dort auf 550 Euro abgesunken.

Während die EU zuschaut, wie Arbeitsplätze vernichtet und hunderttausende Menschen um ihre Lebensglück gebracht werden, handelt man blitzschnell, wenn die Börse um Hilfe schreit. Es geht beim 750-Milliarden-Paket der EU nicht um die Rettung des Euro vor den Spekulanten, sondern darum, die Kosten der Krise zur Gänze auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen.

Zuerst haben die Staaten den

Reichen Milliarden gegeben, um sie vor dem Kollaps zu retten. Jetzt spekulieren Banken, Versicherungen und Pensionsfonds gegen die Staaten, die sich deshalb verschuldet haben. 3000 Milliarden Euro werden pro Tag an den weltweiten Finanzmärkten bewegt. Allein da sieht man, wie zahnlos die Rettungsaktion letztendlich ist.

Die aktuelle Situation demonstriert die ausgeklügelte

Kooperation zwischen den Geld-Eliten, internationalen Organisationen und den Strategen von Finanz- und Realwirtschaft. Die Komplizenschaft der von ihnen bezahlten Politiker ist ihnen in der Sache sicher.

Die Zwangslage von Staaten wie Griechenland, Portugal oder Spanien wird von der EU als Hebel benutzt, um eine neue Offensive des Neoliberalismus in Europa zu starten. Die EU-Staaten (auch Österreich) sollen sich einem Spar- und Streichprogramm unterwerfen, das auf drastisch geringere öffentliche Leistungen, höhere Massenbelastungen, niedrigere Löhne und weiter verschlechterte Arbeitsregelungen hinausläuft.

Wir werden geschröpft

Die KPÖ sagt: Das Geld muss von denen kommen, die es vor der Krise eingesackt haben. In Österreich besitzt ein Prozent der Bevölkerung 27% des Geldvermögens. Das sind 116 Milliarden Euro! Vier Milliarden will Finanzminister Pröll nun von uns allen kassieren anstatt das Geld dort zu holen, wo es massig steuerschonend herumliegt.

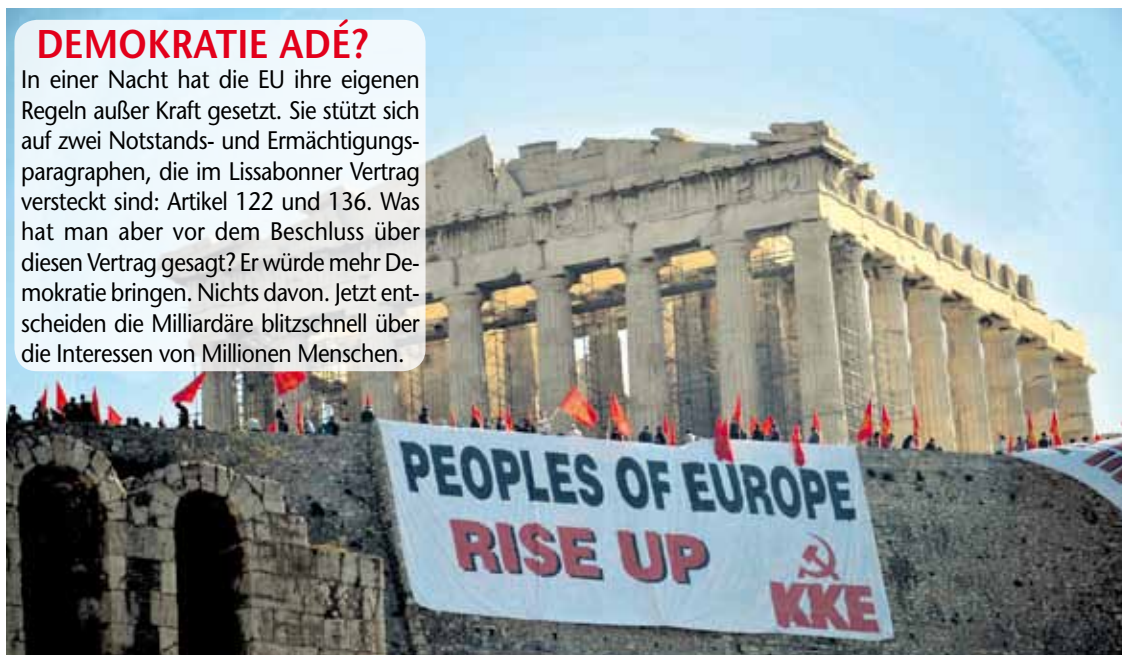
Die steirische KPÖ fordert als Schutzmaßnahme für die Bevölkerung die sofortige Vergesellschaftung des gesamten Banken- und Versicherungssystems in Österreich unter demokratischer Kontrolle. Halbherzige Maßnahmen helfen nicht mehr weiter.

BANKOMATEN VERSIEGELT?

Was passiert, wenn die Krise voll ausbricht? Das Innenministerium hat einen Notfallplan. Bankfilialen werden geschlossen und bewacht, Bankomaten versiegelt. Die Polizei wird vor Supermärkten stationiert, um Plünderungen zu verhindern.

DEMOKRATIE ADÉ?

In einer Nacht hat die EU ihre eigenen Regeln außer Kraft gesetzt. Sie stützt sich auf zwei Notstands- und Ermächtigungsparagraphen, die im Lissabonner Vertrag versteckt sind: Artikel 122 und 136. Was hat man aber vor dem Beschluss über diesen Vertrag gesagt? Er würde mehr Demokratie bringen. Nichts davon. Jetzt entscheiden die Milliardäre blitzschnell über die Interessen von Millionen Menschen.



Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!

Zurück zum Schilling?

Verlost werden T-Shirts und kleine Buch- und Sachpreise.

Der Euro steckt in der Krise. Soll Österreich wieder zum Schilling als unabhängige Währung zurückkehren?

Ja, nur so haben wir die Chance unabhängig zu bleiben

Nein, das hätte Zwangsmaßnahmen der EU zur Folge

Eigene Gedanken und Anregungen:

Ich möchte regelmäßige Informationen über die Arbeit der KPÖ erhalten

Name:

Adresse:

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL/XXL)



An die

Steirische Volksstimme

Claudia Klimt-Weithaler
Landhaus, Herrngasse 16
8010 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08
E-Mail: kpoe-ltk@stmk.gv.at